

Absender:

Manuela Lenz

Langzeitbetroffene (seit 2021) von TFS, Infraschall und Körperschall (Vibrationen)
Sprecherin Plattform BRUMMTON-BELASTETE-MENSCHEN-STEIERMARK
Deutschlandsberg

Empfänger:

Rechnungshof Österreich

z. Hd. Frau Präsidentin Dr. Margit Kraker

Dampfschiffstraße 2

1030 Wien

Per E-Mail an: post@rechnungshof.gv.at

Zur Kenntnisnahme an:

Landesrechnungshof Steiermark

z. Hd. Herrn Direktor Mag. Heinz Drobesch

Trauttmansdorffgasse 2

8010 Graz

Per E-Mail an: lrh@lrh-stmk.gv.at

Deutschlandsberg, am 30. Juli 2026

BETREFF: Dringende Prüfungsanregung / Aufruf zur Überprüfung der sachlichen Mittelverwendung, Transparenz und Zweckmäßigkeit des „Brummtton-Projekts“ des Landes Steiermark (Abteilungen 13 und 15) ab dem Jahr 2023

Sehr geehrte Frau Präsidentin Dr. Kraker,
sehr geehrte Damen und Herren des Rechnungshofes,

als betroffene Bürgerin (Raum Deutschlandsberg/Frauental) und Sprecherin der Plattform BBMST übermittle ich Ihnen hiermit eine dringende Prüfungsanregung bezüglich der Verwendung öffentlicher Steuergelder durch das Amt der Steiermärkischen Landesregierung (Abteilungen 13 und 15).

Im Jahr **2023** startete das Land Steiermark eine öffentliche Erhebung zu tieffrequenten Brummtönen und Infraschall-Belastungen. Die Bevölkerung wurde offiziell dazu aufgerufen, standardisierte **Brummtton-Erhebungsblätter** einzureichen, um die tatsächlichen Belastungsschwerpunkte im Land strukturiert und bürgernah zu erfassen.

Angefochten werden die **Zweckmäßigkeit, die demokratiepolitische Transparenz und die ergebnisorientierte Effizienz** des darauffolgenden Mitteleinsatzes. Es besteht der begründete Verdacht, dass dieses mit öffentlichen Mitteln finanzierte Projekt gezielt am realen Bedarf vorbeigesteuert wurde, um ein politisch erwünschtes Alibi-Ergebnis zu produzieren.

Begründung der Prüfungsanregung:

1. Vorsätzliches Ignorieren des Infraschall-Ordners der Abteilung 13:

Während die genaue Gesamtzahl der eingegangenen Brummtton-Erhebungsblätter aus dem Raum Deutschlandsberg / Frauental an der Laßnitz bzw. aus anderen Regionen wie beispielsweise Ardning/Liezen, Graz/Raaba, usw. behördlich nicht transparent offengelegt wurde, ist aktenkundig, dass auch Meldungen zentral an die **Abteilung 13 (Umwelt und Raumordnung), z. Hd. Herrn Mag. Dvorak**, gingen. Dieser legte hierfür einen dezidierten **Infraschall-Ordner** zur Evidenzhaltung an. Es ist absolut verifiziert, dass zumindest das Brummtton-Erhebungsblatt einer dreiköpfigen, schwerstbelasteten Familie aus der Region Deutschlandsberg/Frauental, sowie Erhebungsblätter aus Ardning/Liezen (vierköpfige Familie) und Graz/Raaba (mehrere Haushalte) ordnungsgemäß im Jahr 2023 eingereicht wurden. Trotz dieser vorliegenden Datenbasis wurden die Kernzonen Deutschlandsberg/Frauental, Ardning/Liezen, Graz/Raaba, ... im weiteren Projektverlauf vollkommen übergangen bzw. wurden nachweislich weder im kontaminierten Gebäude der dreiköpfigen Familie noch in einem anderen Gebäude Messungen durchgeführt.

2. Systemisches Planungsversagen im Energiebereich (Wärmenetz vs. Stromnetz):

Besonders eklatant wiegt der behördliche Widerspruch zu den eigenen Feststellungen des Rechnungshofes. Ihr Organ dokumentierte in jüngsten Prüfberichten zur Energiewende, dass durch den massiven Anschluss von Objekten an das Biogas- bzw. Nahwärmenetz und die gleichzeitige Stilllegung von Altanlagen erhebliche Leistungssteigerungen und ein permanenter Dauerbetrieb der verbleibenden Großanlagen ausgelöst wurden. Während Ihr Organ diese massive Erhöhung der Betriebskonzentration im Energiesektor sachlich dokumentiert hat, ignoriert das „Brummtton-Projekt“ des Landes genau jene Ballungsräume, in denen diese Leistungssteigerungen im Dauerbetrieb (insbesondere in den sensiblen Nachtstunden) und zunehmende Anlagendichte zu unerträglichen Lastspitzen und gesundheitlichen Schäden führt. Während das „Brummtton-Projekt“ des Landes diese Ballungsräume (wie Deutschlandsberg/Frauental, Graz/Raaba, usw.) einfach ausblendet, zeigt sich in der Region **Ardning/Liezen** exakt das gleiche, systemische Versagen im Stromnetz: Mutmaßung/Verdacht: Die unkoordinierte Einspeisung dezentraler Energie zwang die veralteten Großkomponenten und Transformatoren des dortigen Netzknotens (Umspannwerk Weißenbach) in den permanenten, vibrierenden Dauerbetrieb, was vermutlich seit Jahren zu massiven Brummtton- und Hochfrequenz-Beschwerden führt. Das Land Steiermark verschwendet möglicherweise Steuergelder für Berichte, die diese durch den Strukturwandel im Energienetz real verursachten Belastungen leugnen.

3. Bezugnahme auf die RH-Kritik zur Raumordnung (Beispiel Vorarlberg):

Dieses strukturelle Versagen fügt sich nahtlos in die überregionalen Feststellungen des Rechnungshofes ein. Bereits im RH-Bericht „Flächen für Strom aus erneuerbaren Energieträgern“ rügte Ihr Organ am Beispiel von Bundesländern wie Vorarlberg, Niederösterreich und Oberösterreich massive **Versäumnisse und fehlende Vorkehrungen im Bereich der übergeordneten Raumordnung**. Die mangelhafte strategische Koordination und das unkoordinierte Vorantreiben von Infrastrukturprojekten führen dazu, dass etwa technische Anlagen ungesteuert in die

Nähe von Wohngebieten rücken oder dort „nachhaltige“ Industrieanlagen, EE-Anlagen, usw. konsenslos ausgebaut werden. Das steirische „Brummtton-Projekt“ ignoriert mutmaßlich diese durch mangelhafte Raumordnung verursachten Lärmkonflikte gezielt, anstatt den Schutz der Bevölkerung sachlich zu prüfen.

4. **Bekannte, im Raum stehende Schallkontaminationen im Industriegebiet:**

Ein ungeheuerlicher Verdacht wiegt im Raum Deutschlandsberg/Frauental besonders schwer: Es ist bekannt, dass im Jahr 2022 im direkten Auftrag eines namhaften regionalen Industriebetriebes zwei interne Messungen im schallkontaminierten Gebäude der dreiköpfigen Familie durchgeführt wurden. Dieses betriebseigene Gutachten stellte **schwarz auf weiß Infraschall sowie weitere massive tiefe Geräuschimmissionen** fest. Während der Industriebetrieb die Verantwortung für die *weiteren* tieffrequenten Geräusche von sich weist, wurden die emittierten Frequenzen im Anschluss technisch so manipuliert beziehungsweise „**in ein anderes Frequenzband gedrückt**“, dass sie vermutlich bei oberflächlichen behördlichen Standardmessungen nicht mehr als unzulässige Spitzenwerte aufscheinen. Behördlich überprüft wurde dieses Vorgehen nie. Die weiteren tieffrequenten Geräusche sind laut Messergebnissen einer Biogasanlage (Blockheizkraftwerk) und/oder einem angrenzenden Holzverarbeitungsbetrieb in Frauental zuzuordnen. Obwohl dem Land durch die Brummtton-Erhebungsblätter 2023 diese komplexe industrielle Lärm- und Verursacherproblematik im Detail angezeigt wurde, verweigerte das mit Steuermitteln finanzierte Projekt der Abteilung 15 jede tiefergehende Prüfung oder Innenraummessung vor Ort, um das Zusammenspiel der Betriebe und die wahren Quellen aufzuklären.

5. **Intransparente und willkürliche Auswahl von acht anonymen Scheingebieten:**

Anstatt die durch die Brummtton-Erhebungsblätter, den Infraschall-Ordner, Ihre Berichte und konkrete Gewerbe- und Industriebeschwerden offengelegten Hotspots zu sanieren, wurden die öffentlich finanzierten Messressourcen auf **lediglich acht anderweitige Fallregionen** aufgeteilt. Diese acht Fälle wurden im offiziellen Abschlussbericht des Landes vom September 2024 **vollständig anonymisiert** (lediglich als „Fall 1“ bis „Fall 8“ geführt). Die genauen Standorte und die Kriterien für diese selektive Auswahl entziehen sich jeglicher öffentlichen und sachlichen Nachvollziehbarkeit. Dem realen Einreicher aus der betroffenen Familie und der Region Deutschlandsberg/Frauental wurde jede weitere notwendige Innenraummessung konsequent verwehrt. Wie auch den Einreichern aus (erwähnten und nicht erwähnten) anderen Regionen.

6. **Erstellung einer Alibi-Statistik auf Kosten der Steuerzahler:**

Das Projekt wurde mit dem Versprechen gestartet, den leidenden Bürgern Schutz vor gesundheitsgefährdendem Lärm zu bieten. Tatsächlich wurde das Projektbudget dazu verwendet, einen Bericht zu erstellen, der das Problem durch das bewusste Vorbeimessen an den echten Krisenherden kleinzurechnen versucht. Das Land zieht im Bericht das für die Betroffenen skandalöse Fazit, dass „in nur einem von acht Fällen eine erhebliche Belästigung vorliege“ und Infraschall in der Steiermark kein akutes Problem darstelle. Dieses statistische Herunterspielen des Behördennotstands dient den Landesverwaltungsgerichten nun als Alibi, um berechnigte Bürgerbeschwerden abzuweisen. Die gemeldeten, aggressiven Lastspitzen in den Nachtstunden bestehen für uns unvermindert fort. Es liegt im eminenten allgemeinen öffentlichen Interesse, aufzuklären, warum eine mit Steuergeldern finanzierte Umweltprüfung die schwerstbetroffenen Bürger

ausschließt, während die reale Belastung im Wärme- und Stromnetz sowie die Versäumnisse der Raumordnung sogar durch Berichte des Rechnungshofes bereits bewiesen sind.

Wir ersuchen den Rechnungshof daher höflich, die **Verwendung der Projektmittel ab 2023, die behördliche Handhabung der Brumnton-Erhebungsblätter und der Dokumente im Infraschall-Ordner der Abteilung 13 sowie die Kriterien für die Auswahl der schlussendlichen acht Messfälle durch die Abteilung 15 unter besonderer Berücksichtigung ungeklärter Quellenzuordnungen im Gewerbe- und Industriegebiet und mangelhafter Raumordnung** im Rahmen einer umfassenden Gebarungsprüfung zu durchleuchten. Wir ersuchen den Rechnungshof zu überprüfen, wie viele Fälle in den letzten Jahren (ab 2020) bearbeitet wurden, ohne Hilfe für betroffene Bürgerinnen und Bürger in der Steiermark. Das Lärmschutzreferat (ABT15) selbst führte aus, dass in 70% der bearbeiteten Fälle es zu keiner Hilfe und verbesserten Situation für betroffene Bürgerinnen und Bürger kommt. Angemerkt wird, dass in den Regionen Graz/Raaba, Deutschlandsberg/Frauental und Ardning/Liezen in den Jahren 2021/2022 unabhängig voneinander hintereinander gemessen wurde (ABT15) und alle Verfahren von ABT13 als beendet erklärt wurden; trotz höchster Belastung und gesundheitlicher Beeinträchtigung bis heute.

Mit freundlichen Grüßen,

Manuela Lenz

Plattform BRUMMTON-BELASTETE-MENSCHEN-STEIERMARK

[Name der Initiative / Betroffenenvertretung]
